

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Bürger-
dienste, öffentliche Ordnung, Anregungen
und Beschwerden

Friedensplatz 1
44122 Dortmund

Tel. 0231 / 57 45 13-14
oder 0231 / 50 2 43 80-85

Fax 0231 / 57 91 47
E-Mail: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

31.10.2019

Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		3.5
Gremium:	Beratertermin:	
Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden	05.11.2019	

Tagesordnungspunkt

Aktionsplan "Gemeinsam gegen Gewalt"

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die SPD-Fraktion im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden bittet um Beratung und Beschlussfassung des folgenden Antrages:

1. Der Fachausschuss begrüßt den Aktionsplan "Gemeinsam gegen Gewalt– Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr und Rettungskräften" und bittet die Verwaltung um zweimal jährliche Berichterstattung über die evaluierten Zahlen und Maßnahmen aus dem Dortmunder Stadtgebiet.
2. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob und wenn ja welche aus dem Aktionsplan abgeleiteten Maßnahmen auch für die städtischen Bediensteten in Dortmund umgesetzt werden können.

Begründung:

Der Aktionsplan "Gemeinsam gegen Gewalt– Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr und Rettungskräften" ist eine Initiative des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Unfallkasse NRW, der kombi gewerkschaft nrw, des Verbandes der Feuerwehren NRW, des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW. Zu den ersten Maß-

nahmen des Plans gehört der bereits umgesetzte Meldeerlass des Innenministeriums. Arbeitgeber (von Rettungskräften) sind seitdem verpflichtet, Fälle von Gewalt gegenüber Einsatzkräften und vorsätzliche Beschädigung von Einsatzfahrzeugen und Geräten zu melden. Auf dieser Grundlage wird zukünftig regelmäßig valides Zahlenmaterial erhoben und ausgewertet. Durch eine zweimal jährliche Vorlage der Zahlen für das Dortmunder Stadtgebiet könnten Auswirkungen der durchgeführten Maßnahmen frühzeitig aufgezeigt und optimiert werden.

Der Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden wünscht, dass die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Aktionsplan auch für die Bediensteten der Dortmunder Ordnungspartnerschaften Anwendung findet.

Mit freundlichen Grüßen

F.d.R.

Dirk Goosmann

Christel Poch